

## Jugendliche debattieren globale Konflikte

Die Internationale Schule in Degerloch hat bei einer Konferenz die UN nachgestellt – mit vielen Gästen.

Von Annika Mayer

Die Delegierten von Russland, China und Brasilien im Menschenrechtsrat der UN sind sich einig: Die Länder Äthiopien und Somalia müssen unterstützt werden, damit sich die Bevölkerung nicht zur Flucht in den Jemen gezwungen sieht. „Wir alle wollen illegale Immigration verringern“, fasst es der russische Vertreter zusammen. Auch wenn die Jugendlichen, die hier über globale Krisen diskutieren, formelle Kleidung tragen – echte Diplomaten sind sie nicht. Sie nehmen an der Muniss-Konferenz teil, die dieser Tage an der International School of Stuttgart (ISS) in Degerloch stattfindet.

**„Man setzt sich damit auseinander, was es für Probleme in der Welt gibt, und findet demokratisch Lösungen.“**

**Raphaël Gottlieb,**  
Schüler der ISS

Die ISS ist eine englischsprachige Privatschule mit mehr als 900 Schülern aus über 50 Nationen. Als Abschluss bietet sie das Baccalaureate, ein internationales Abitur. Schon zum 17. Mal veranstaltet die Schule eine Model-United Nations (MUN)-Konferenz, bei der die Vereinten Nationen nachgestellt werden. Jugendliche von der sechsten bis zur zwölften Klasse schlüpfen in die Rolle von Delegierten und diskutieren aktuelle Themen in verschiedenen Komitees.

„Wir haben die UN fast eins zu eins nachmodelliert“, erläutert Raphaël Gottlieb. Er ist Schüler und an diesem Tag der Generalsekretär der Konferenz. Auch die Abläufe in den Komitees gleichen denen in den UN. Die Schüler im Menschenrechtsrat haben sich gut vorbereitet und kennen die Standpunkte der Länder, die sie vertreten. Sie haben Positionspapiere mitgebracht und geben eine erste kurze Rede. Dann suchen sie Unterstützer für ihre Resolutionen, über die anschließend diskutiert und abgestimmt wird.

Model-United-Nations-Konferenzen finden in verschiedenen Ländern statt, die Veranstaltung in Degerloch ist eine der größten in Deutschland. In diesem Jahr sind 439 Schüler dabei. 125 davon besuchen die ISS, der Rest kommt aus anderen deutschen Schulen oder ist weit hergereist. Jugendliche aus den USA, der Türkei, Spanien und den Niederlanden sind darunter. Da die meisten teilnehmenden Schulen wie die ISS international sind, trifft bei der Konferenz eine Bandbreite an Nationalitäten aufeinander. Auf dem Gelände kann man Unterhaltungen auf Englisch in den unterschiedlichsten Akzenten hören.



Fast wie bei den Vereinten Nationen: die Muniss-Konferenz  
Foto: Lichtgut/Christoph Schmidt

Blanca ist aus Spanien, sie geht in Barcelona zur Schule. Die Schülerin ist zum ersten Mal bei so einer Konferenz. Einen Monat lang habe sie sich vorbereitet, auch darauf, die Perspektive ihres zugeteilten Landes Bangladesch zu vertreten. Sie möchte neue Freunde finden. Auch Sare, Mayra und Fehrinaz aus der Türkei wollen andere Kulturen und Menschen kennenlernen.

Denn bei der Veranstaltung geht es nicht etwa darum, die Diplomaten von morgen auszubilden. Eine Model-United-Nations-Konferenz diene dazu, neue Bekanntschaften zu schließen und ein internationales Gefühl zu erleben, sagt Raphaël Gottlieb. Die Schüler sollen gleichzeitig lernen zu debattieren. „Man setzt sich außerdem damit auseinander, was es für Probleme in der Welt gibt, und findet demokratisch Lösungen“, so Gottlieb. Im Menschenrechtsrat diskutieren die Jugendlichen beispielsweise nicht nur über die Situation im Jemen, sondern auch über Polizeigewalt und die Menschenrechtsverletzungen im Gazastreifen.

Felipe aus Heidelberg sieht die Muniss-Konferenz als Chance, um Perspektiven von verschiedenen Ländern annehmen und debattieren zu können. Er war schon zweimal bei solchen Veranstaltungen. „Das ist eine schöne Möglichkeit, um zu üben, vor fremden Leuten zu sprechen. Das hilft auch für andere Lebenssituationen.“

## Geflüchtete in Stuttgart und der Region

# Der Weg zum Ehrenamt ist ein Hürdenlauf

Im Stuttgarter Freiwilligenzentrum Caleidoskop der Caritas melden sich vermehrt Geflüchtete. Doch die Vermittlung ins Ehrenamt ist schwierig. Woran liegt das? Und was sagen Geflüchtete, bei denen es geklappt hat?

Von Viola Volland

Der Weg zum Ehrenamt kann steinig sein. Zumindest für Menschen mit Fluchthintergrund, die nur schlecht Deutsch sprechen. Mangelnde Sprachkenntnisse sind „ein großer Hemmschuh“, erläutert die Leiterin des Stuttgarter Freiwilligenzentrums Caleidoskop, Ulrike Holch, anlässlich eines noch recht neuen Phänomens.

Seit dem Sommer 2023 stellt man im Caleidoskop fest, dass immer mehr Geflüchtete in die Beratung kommen. Eine Zielgruppe, die früher kaum erreicht wurde. „Wir haben viele Anfragen von geflüchteten Menschen, die kommen und sagen, sie brauchen eine Tagesstruktur, ihnen fällt die Decke auf den Kopf“, berichtet die Ehrenamtsmanagerin Martina Kelm. Das habe seit den Sommerferien „richtig angezogen“. Die Menschen suchten eine sinnvolle Tätigkeit, solange sie keine Arbeitserlaubnis haben.

Die Vermittlung selbst sei allerdings schwierig. Denn: „Bei manchen ist die Verständigung fast nicht möglich.“ Und es gibt nicht viele Einrichtungen, die offen sind für Ehrenamtliche mit Sprachdefiziten. Schließlich ist die Einarbeitung dann deutlich aufwendiger. „Das kostet alles extra Zeit“, erklärt Ulrike Holch – und das in einer Situation, in der die meisten sozialen Einrichtungen von Personal-mangel betroffen seien.

**„Für manche ist das ein Riesenschritt.“**

**Ulrike Holch,**  
Leiterin des  
Caleidoskop, zum  
Thema Ehrenamt

Die Leiterin findet das gewachsene Interesse seitens Geflüchteter zunächst einmal in positiver Hinsicht bemerkenswert. Schließlich sei das Prinzip des Ehrenamts in vielen Kulturen unbekannt: Üblich sei dort, der Familie und Nachbarn zu helfen – aber nicht, sich für zuvor unbekannte Menschen einbringen, ohne einen Lohn dafür zu erhalten. „Für manche ist das ein Riesenschritt“, betont die Leiterin.

Nicht immer gelingt die Vermittlung. Wie bei einem türkischen gleichgeschlechtlichen Paar. Die Männer konnten kaum Deutsch, zeigten sich aber „hochmotiviert“ in der Beratung im Caleidoskop. Die Kommunikation über Google Translate sei jedoch „nicht hilfreich“ gewesen, so Martina Kelm: „Sie haben nur verstanden, dass sie niemand will.“ Zu einem weiteren Termin kam es nicht mehr. Sonst hätte es vielleicht doch noch geklappt mit einem Platz.

Denn das Team hat die Suche nach Einrichtungen, die potenziell Geflüchteten ein Ehrenamt ermöglichen würden, in den ver-



An die Second-Hand-Boutique Secontique an der Eberhardstraße in Stuttgart können geflüchtete Ehrenamtliche vermittelt werden.  
Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

gangenen Monaten deutlich intensiviert. Das habe die Lage verbessert, weitere Plätze seien natürlich willkommen. Die Mitarbeiterinnen haben bereits einige Erfolge aufzuweisen: Ein junger Geflüchteter aus dem Libanon versorge seit Anfang des Jahres gemeinsam mit Familienmitgliedern mit großem Einsatz die Taubenschläge. Eine Syrerin hilft in einem Kindergarten bei der Alltagsbegleitung. Ukrainerinnen unterstützen die Besuchsdienste in Senioreneinrichtungen. Auch bei der Essensausgabe in Heimen würden Geflüchtete helfen. Und die Secontique der Aktion Hoffnung Rottenburg-Stuttgart an der Eberhardstraße gibt Geflüchteten über das Ehrenamt ebenfalls eine Chance. Sie können dort Kleidung vorbereiten für den Verkauf in der Second-Hand-Boutique. Wie viel so ein Ehrenamt ausmachen kann, zeigt das Beispiel eines aus politischen

Gründen geflüchteten russischen Paares. Vlad und Katharina engagieren sich in einem Pflegeheim in Stuttgart, das von einer „sehr, sehr, sehr tollen Frau“ geführt wird, wie sie sagen. Diese spricht Russisch und war deshalb offen für das Engagement. Das sei typisch, heißt es beim Freiwilligenzentrum, Mitarbeiter mit Migrationshintergrund fungierten oft als Türöffner.

Dass sie zwischen 40 Minuten und einer Stunde unterwegs sind, um von ihrer Gemeinschaftsunterkunft zu ihrem Einsatzort zu gelangen, macht Vlad und Katharina nichts aus. Das Ehrenamt gebe ihnen so viel, und für Russen sei eine Stunde keine große Distanz, meint Katharina. Die Senioren fänden es zum Glück nicht schlimm, dass sie sie nicht immer verstehen. Aber wegen ihrer geringen Deutschkenntnisse (die Bewilligung des Sprachkurses sei erst kürzlich erfolgt)

### GEFLÜCHTETE UND ARBEIT

**Arbeitsmarkt** Asylbewerber dürfen in Deutschland zunächst nicht regulär arbeiten. Das gilt grundsätzlich für die ersten drei Monate. Zudem bleibt ihnen laut dem Bundesarbeitsministerium für insgesamt neun Monate der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt, wenn sie verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Sie dürfen dann keine Erwerbstätigkeit aufnehmen und damit auch keine Ausbildung beginnen. „Sofern das Asylverfahren nach neun Monaten nach Asylantragstellung noch nicht unanfechtbar abgeschlossen ist, ist dem Ausländer die Ausübung einer Beschäftigung zu erlauben“, heißt es im Bundesministerium.

**Antrag** Die CDU-Gemeinderatsfraktion will Geflüchtete für gemeinnützige Tätigkeiten heranziehen. Sie fordert in einem Antrag, die „Arbeitspflicht für Asylsuchende zeitnah“ umzusetzen. Das Ziel: eine „größere Akzeptanz gegenüber Flüchtlingen zu fördern“. Man solle sich dabei an einem Thüringer Landkreis orientieren, wo dies seit November 2023 praktiziert wird. Für ihre Arbeit erhalten die Menschen dort 80 Cent pro Stunde. Wer die angebotene Arbeit ablehnt, dem drohen Kürzungen seiner Asylbewerberleistungen. Die Stadt soll die Kosten und den administrativen Aufwand ermitteln, die eine Einführung der Arbeitspflicht mit sich brächte. Dass der Aufwand hoch ist, weiß man aus Thüringen: „Sich um die Arbeitspflicht zu kümmern, ist viel aufwendiger, als die Asylbewerber einfach in den Unterkünften sitzen und warten zu lassen“, sagte ein Thüringer CDU-Landrat gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“. w

war ursprünglich auch bei ihnen nicht einfach mit der Vermittlung. Bei vier Anlaufstellen hatten sie im vergangenen Jahr erfolgreich wegen eines Ehrenamts angefragt. Erst bei der fünften – dem Caleidoskop – klappte es endlich. „Danke für die Chance“, sagt Katharina. Sie begleitet unter anderem Spielenachmittage; ihr Mann ist ebenfalls mehrfach die Woche im Einsatz, spielt, singt und tanzt mit den älteren Menschen. Er strahlt, als er davon auf Russisch erzählt.

Potenziell gäbe es mit den Geflüchteten sicherlich eine sehr große Zielgruppe fürs Ehrenamt – „aber es geht nicht ohne eine Form von Mittler“, sagt Ulrike Holch. Angesichts der wenigen Plätze, die man dieser Zielgruppe im Ehrenamt anbieten könne, würden sie derzeit von sich aus „nicht verstärkt“ auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zugehen und fürs Ehrenamt werben – „wir müssten sie enttäuschen“, sagt Holch.

## Durchschnaufen bei der Flüchtlingsunterbringung?

Momentan hat der Zustrom von Geflüchteten in die Region ein wenig nachgelassen. Ein Überblick über die aktuelle Situation.

Von Kai Holoch

Zuletzt ist die Situation der Landkreise in der Region Stuttgart, die sich um die Erstunterbringung von Flüchtlingen kümmern müssen, ein wenig aus dem Fokus der Öffentlichkeit geraten. Eine Umfrage in der Region und in Stuttgart zeigt, dass sich die Lage ein wenig entspannt hat. Doch mehr als eine Verschnaufpause ist das wohl nicht. Wir haben nachgefragt, wie sich die Verantwortlichen auf den Herbst vorbereiten.

**— Stuttgart – Hoffen auf Modulbaustandorte**  
„Die Zuweisungsquoten sind aktuell etwas geringer als unsere Schätzungen“, erklärt Stadtsprecher Sven Matis. Die Zeit nutze man, um fortwährend neue Standorte im gesamten Stadtgebiet zu entwickeln. Beispielhaft nennt Matis die neuen Modulbaustandorte. Die ersten von ihnen werden in wenigen Wochen in der Amstetter Straße und in den Entenäckern fertiggestellt. Im Lauf des Jahres sollen weitere folgen. Diese neuen Standorte verschaffen der Stadt ein wenig Luft und tragen dazu bei, eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Stuttgarts Ratschef Frank Nopper betont zudem: „Wir setzen weiterhin alles daran, die Belegung von Sporthallen zu vermeiden.“

**— Böblingen – Sorgen in Kommunen**  
Um die Nutzung von Sporthallen ist der Landkreis Böblingen nicht herumgekom-

men. Aber in der Tat prüfe man angesichts der Halbierung der Zuweisungszahlen gegenüber dem Herbst, ob man solche Notunterkünfte abbauen könne. Aktuell werden im Kreis mehrere Objekte für die Unterbringung von Flüchtlingen vorbereitet, etwa ein ehemaliges Hotel in Sindelfingen und das Haus am Parksee in Leonberg. Die Kreisverwaltung geht davon aus, dass selbst bei wieder leicht ansteigenden Fallzahlen die Erstaufnahme zumindest bis Mitte des Jahres gesichert ist. Anders sei die Situation in den Städten und Gemeinden, die sich um die Anschlussunterbringung kümmern müssen. Die Integration der Neuzugewanderten sei nach wie vor eine Herkulesaufgabe. Der Böblingen Landrat Roland Bernhard fordert deshalb „auf allen politischen Ebenen weitere Anstrengungen, beschlossene Maßnahmen umzusetzen“. Bernhard: „Ich begrüße ausdrücklich das vom EU-Parlament verabschiedete schärfere Asylgesetz mit schnellen Verfahren an den Außengrenzen und einem Solidaritätsmechanismus der Mitgliedstaaten.“

**— Göppingen – Lage bleibt angespannt**  
Auch Bernhards Göppinger Kollege Edgar Wolff hofft auf eine schnelle Umsetzung der Beschlüsse der Bund-Länder-Gespräche und des EU-Parlaments. „Im Flüchtlingsbereich steht der Kreis Göppingen weiterhin vor sehr großen Herausforderungen“, erklärt der Landrat. Angesichts des Zustroms gerate

man immer mehr in eine Situation, in der die Aufgabenerfüllung nicht mehr gewährleistet werden könne. Derzeit gehe es darum, längerfristig nutzbare Unterbringungskapazitäten zu schaffen, um perspektivisch geeignete Standorte, etwa Fabrikhallen, auflösen zu können. Seit 2021 hat der Kreis die Zahl der Unterkünfte verdreifacht.

### — Ludwigsburg – Neue Unterkünfte geplant

Die Gemeinschaftsunterkünfte in Eberdingen und Erdmannshausen mit jeweils 100 Plätzen stehen kurz vor der Fertigstellung, weitere Standorte, etwa in Korntal-Münchingen, sind in Planung. „So versuchen wir gerüstet zu sein für möglicherweise wieder steigende Zuweisungszahlen“, sagt Sprecher Andreas Fritz. Allerdings verbindet auch sein Chef, Landrat Dietmar Allgaier mit dem EU-Kompromiss die Hoffnung, „dass die Landkreise und Kommunen künftig weniger Geflüchtete aufnehmen müssen und sich die Unterbringungssituation entspannt.“

### — Esslingen – Verlässliche Prognosen?

Von einer angespannten Lage berichtet die Esslinger Kreissprecherin Andrea Wagner. Allein im vorigen Jahr hat der Kreis 2200 Geflüchtete aufnehmen müssen. Nicht mitgezählt sind dabei die Menschen aus der Ukrai-

ne. Ende Februar wurden 2750 nicht ukrainische Flüchtlinge in der vorläufigen Unterkunft versorgt. Seit Dezember geht zwar auch in Esslingen die Zahl der Neuzugewanderten zurück. Es fehlten, sagt Wagner, aber verlässliche Prognosen von Bund und Land, die als planerische Grundlage dienen könnten. 430 neue Plätze entstehen gerade in Containerform in Köngen und Nürtingen und mithilfe einer Zelterweiterung in Hochdorf.



Foto: Roger Buerke

**„Auf allen politischen Ebenen sind weitere Anstrengungen notwendig.“**

**Roland Bernhard,**  
Böblingen Landrat, zur  
Flüchtlingsunterbringung

### — Rems-Murr – Vorerst keine Zelte

Momentan ist die Situation im Rems-Murr-Kreis ruhig. Aktuell werden 60 Geflüchtete aus den Zelten am Backnanger Berufsschulzentrum in eine neue Unterkunft in einem ehemaligen Gewerbeobjekt verlegt. Damit kann der Kreis zunächst auf Zeltunterkünfte verzichten. Der Rems-Murr-Kreis profitiert dabei davon, dass man aktuell weniger Ukrainer vom Bund zugewiesen bekommt, weil die anderen Bundesländer zunächst ihren Rückstand ausgleichen müssen. Da dies aber in Kürze der Fall sein wird, rechnet die Kreisverwaltung zumindest bei Geflüchteten aus der Ukraine mit einem zeitnahen Anstieg der Zuweisungszahlen. Das gilt auch für Asylbewerber. Deren Zufluss ist traditionell im Winter am geringsten. Auch hier rechnet der Kreis bald wieder mit höheren Zuweisungen.